

ADAM PUŁAWSKI

## DIE INFORMATIONSPOLITIK DES POLNISCHEN UNTERGRUNDSTAATES UND DER HOLOCAUST

Während des Zweiten Weltkrieges ermordeten die Deutschen und ihre Helfershelfer insgesamt etwa sechs Millionen Juden, von denen die Hälfte aus Polen stammte. Das NS-Regime wählte dieses Land zum Tatort unvorstellbarer Verbrechen am jüdischen Volk. Angesichts dessen wird in wissenschaftlichen und publizistischen Kreisen immer wieder die Frage laut, wie die „Republik in der Konspiration“ – so formulierte es der Hauptkommandant des Bundes für den Bewaffneten Kampf der Heimatarmee (*Związek Walki Zbrojnej Armii Krajowej*, ZWZ-AK), General Stefan Rowecki –, also wie der polnische Untergrundstaat auf die Ermordung seiner jüdischen Mitbürger reagierte. Die nachfolgenden Überlegungen gehen in wesentlichen Grundzügen auf die Informationspolitik des ZWZ-AK und der Vertretung der Londoner Exilregierung in Polen in Bezug auf den Holocaust ein.

### Informationsbeschaffung

In den ersten Jahren der deutschen Besatzungsherrschaft war die von Jerzy Makowiecki (Decknamen „Malicki“, „Tomasz“, „Wokulski“) geleitete Abteilung „Information“ des Büros für Information und Propaganda (*Biuro Informacji i Propagandy*, BIP) der ZWZ-Hauptkommandantur für Minderheitenfragen zuständig und bildete eine konspirative Anlaufstelle für Studienzwecke. Die Abteilung „Information“ sollte die Führung des Untergrunds über die Situation in der besetzten Heimat auf dem Laufenden halten und maßgeblich dazu beitragen, dass adäquate politische und militärische Entscheidungen getroffen wurden. In dieser Abteilung wurde jedes auch noch so winzige Stück Papier analysiert, das konkrete Schlüsse über die jeweilige Lage in Polen und der Welt erlaubte.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> GRZEGORZ MAZUR, *Biuro Informacji i Propagandy SZP-ZWZ-AK, 1939–1945*, Warszawa 1987, S. 74–92.

Im Jahre 1940 bildete man als eine von sechs Unterabteilungen der Abteilung „Information“ unter Leitung von Ludwik Widerszal (Decknamen „Krysiński“, „Pisarczyk“) ein eigenes Referat für Nationalitätenprobleme. Seit 1941 stand Stanisław Herbst (Deckname „Chrobot“) an der Spitze des Referats.<sup>2</sup> In Bezug auf die jüdische Minderheit in Polen interessierten sich die Referatsmitarbeiter nicht nur für die nationalsozialistische Judenpolitik, sondern auch für die alltäglichen Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung und die unter ihr herrschenden Stimmungen bzw. Einstellungen gegenüber den nichtjüdischen Bürgern Polens. Nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges erweiterte sich der Tätigkeitsbereich des Referats erheblich.<sup>3</sup>

Am 1. Februar 1942 wurde innerhalb des Minderheitenreferats ein einköpfiges Unterreferat für jüdische Fragen gebildet, dessen Leitung der zum BIP hinzugewählte Henryk Woliński (Decknamen „Wacław“, „Zakrzewski“) übernahm.<sup>4</sup> Informelle Mitarbeiterin dieses Unterreferats war Wolińskis Ehefrau Faustyna Sztern.<sup>5</sup> Auf Grundlage der im Rahmen dieser Tätigkeit gewonnenen Informationen erstellte Woliński ein Dossier, das er seinen Vorgesetzten übermittelte. Anfangs basierte das Dossier vor allem auf Mitteilungen aus dem Warschauer Ghetto und den von Übersiedlern aus der Provinz gemachten Angaben. Die Informanten waren jüdischstämmige Angehörige der Intelligenz, die in den Einrichtungen des Ghettos arbeiteten, sowie Mitglieder des jüdisch-sozialistischen *Bund*. Aber auch die Mitteilungen der jüdischen Untergrundpresse waren für Woliński von beträchtlichem Nutzen. Eine große Rolle spielten ferner seine privaten Kontakte.<sup>6</sup> Das sich daraus ergebende Gesamtbild ergänzten Informationen, die von Herbst, Widerszal, Makowiecki und BIP-Mitarbeitern stammten.<sup>7</sup> Während der vom NS-Regime durchgeführten „Großaktion“ im War-

---

<sup>2</sup> Ten jest z ojczyzny mojej: Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, hg. v. WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI / ZOFIA LEWINÓWNA, Warszawa 2007, S. 19; MAZUR, Biuro, S. 33, 82.

<sup>3</sup> DARIUSZ LIBIONKA, ZWZ-AK i Delegatura Rządu RP wobec eksterminacji Żydów polskich, in: Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939–1945. Studia i materiały, hg. v. ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, Warszawa 2006, S. 15–208, hier S. 36; TERESA PREKEROWA, Konspiracyjna Rada Pomocy Żydom w Warszawie 1942–1945, Warszawa 1982, S. 49–50.

<sup>4</sup> Ten jest..., hg. v. BARTOSZEWSKI / LEWINÓWNA, S. 19; PREKEROWA, Konspiracyjna Rada, S. 50; LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 37.

<sup>5</sup> Ebd., S. 37 f.

<sup>6</sup> Ebd., S. 37; RUTA SAKOWSKA, Biuro Informacji i Propagandy KG Armii Krajowej a Archiwum Ringelbluma (luty – lipiec 1942), in: Społeczeństwo polskie wobec martyrologii i walki Żydów w II wojnie światowej. Materiały z sesji w Instytucie Historii PAN w dniu 11 III 1993, hg. v. KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa 1996, S. 131–150.

<sup>7</sup> PREKEROWA, Konspiracyjna Rada, S. 50.

schauer Ghetto im Sommer 1942 nahm die Arbeit des Unterreferats für jüdische Fragen an Intensität zu. Damals nahm Woliński erste Kontakte mit dem Jüdischen Nationalkomitee (*Żydowski Komitet Narodowy*, ŻKN), der Jüdischen Kampforganisation (*Żydowska Organizacja Bojowa*, ŻOB) und führenden Kreisen des *Bund* auf.<sup>8</sup> In den Folgemonaten befasste sich Woliński mit der Koordinierung der Aktivitäten von Heimarmee und ŻOB.<sup>9</sup> Nach dem niedergeschlagenen Aufstand im Warschauer Ghetto verlor das Unterreferat für jüdische Fragen bei der AK-Hauptkommandantur spürbar an Bedeutung.<sup>10</sup>

Zahlreiche Materialien zur Lage der jüdischen Bevölkerung erstellte Antoni Szymanowski (Decknamen „Borowski“, „Brun“, „Brzeski“), der im Referat „W 1“ in der Informationsabteilung tätig war.<sup>11</sup> Dieses Referat interessierte sich für die Germanisierungspolitik der deutschen Besatzungsmacht und ihre Propagandaaktionen, registrierte aber auch die vom NS-Terrorapparat durchgeführten Einzelmaßnahmen. Die Mitarbeiter des „W 1“ erstellten allwöchentlich eine „Informacja bieżąca“ (aktuelle Information – redigiert von Antoni Szymanowski<sup>12</sup>) sowie Berichterstattungen zur (deutschen bzw. der Kollaboration nahestehenden) Okkupationspresse im Generalgouvernement (GG) und zu englischen Rundfunknachrichten über Polen. Die „Informacja bieżąca“ war für den internen Gebrauch der AK-Außenstellen beziehungsweise der Vertretung der Londoner Exilregierung in Polen bestimmt<sup>13</sup> und enthielt zahlreiche Informationen zur Judenproblematik.<sup>14</sup>

Eine weitere Einheit, die Nachrichten zur Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen sammelte, war die Abteilung für Aktuelle Propaganda (*Wydział Propagandy Bieżącej*, WPB), die zunächst unter der Bezeichnung

---

<sup>8</sup> PREKEROWA, *Konspiracyjna Rada*, S. 38, 50 f.; *Ten jest...*, hg. v. BARTOSZEWSKI / LEWINÓWNA, S. 19.

<sup>9</sup> Ebd., S. 20; DARIUSZ LIBIONKA, „Kwestia żydowska“ w Polsce w ocenie Delegatury Rządu RP i KG ZWZ-AK w latach 1942–1944, in: *Zagłada Żydów. Pamięć narodowa a pisanie historii w Polsce i we Francji*, hg. v. BARBARA ENGELKING u. a., Lublin 2006, S. 49–56.

<sup>10</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 104; DERS., „Kwestia żydowska“.

<sup>11</sup> ADAM PULAWSKI, W obliczu Zagłady. Rząd RP na Uchodźstwie, Delegatura Rządu RP na Kraj, ZWZ-AK wobec deportacji Żydów do obozów zagłady (1941–1942), Lublin 2009, S. 27.

<sup>12</sup> MAZUR, *Biuro*, S. 91.

<sup>13</sup> JÓZEF MARSZALEK, Rozpoznanie obozów śmierci w Bełżcu, Sobiborze i Treblince przez wywiad Armii Krajowej i Delegatury Rządu Rzeczypospolitej Polskiej na Kraj, in: *BGKBZHWP* 35 (1993), S. 36–52, hier S. 37.

<sup>14</sup> *Archiv Neuer Akten*, Warschau (AAN), 202/III-7 („Informacja bieżąca“).

„Presseabteilung“ fungierte.<sup>15</sup> Von Sommer bis Oktober 1940 wurde sie von Jan Rzepecki (Decknamen „Prezes“, „Wolski“) geleitet, dem anschließend die Führung über die gesamte Abteilung VI des BIP anvertraut wurde. Seine Nachfolge an der Spitze des WPB trat Tadeusz Wardejn-Zagórski (Decknamen „Gozdawa“, „Gromski“) an, der zugleich stellvertretender Chef des BIP war. Abgesehen von der Ausstrahlung von Rundfunksendungen gab die WPB auch eigene Bulletins von Presseagenturen heraus. Die größte Bedeutung hatte dabei die „Presseagentur“ (*Agencja Prasowa*), die für die Redaktionen konspirativer Zeitschriften in den einzelnen Bezirken, Regionalinspektoraten und Kreisverwaltungen des ZWZ-AK bestimmt war.<sup>16</sup> Eine ihrer ständigen Rubriken stand unter dem Titel: „Jüdische Angelegenheiten“ (*Sprawy żydowskie*).<sup>17</sup> Die Mitarbeiter des „Militärischen Historischen Büros“ des WPB redigierten indessen die „Anhänge über den Terror“, die komprimierte Berichte über die vom deutschen Besatzungsregime verübten Terrorakte enthielten. Die „Aneksy“ erfüllten eine ähnliche Rolle wie die „Informacja bieżąca“ – sie fungierten als regelmäßig erscheinende Publikationen für den internen Gebrauch der leitenden AK-Außenstellen und der Regierungsdelegatur.<sup>18</sup> Sie wurden ferner zusammen mit der BIP-Post des ZWZ-AK-Hauptkommandanten nach London gesandt.<sup>19</sup>

Im WPB agierten ferner die Redaktionen der bedeutendsten periodischen Schriften des ZWZ-AK – „Wiadomości Polskie“ (Polnische Nachrichten) und „Biuletyn Informacyjny“ (Informationsbulletin). Abgesehen von ihrem Vertrieb innerhalb Polens wurden diese beiden Blätter mit der ZWZ-AK-Briefkorrespondenz auch regelmäßig nach London übersandt.<sup>20</sup> Die von Witold Giełżyński (Deckname „Żarski“) und Tadeusz Manteuffel (Deckname „Sey“) redigierten „Wiadomości Polskie“ bildeten das offizielle Presseorgan der ZWZ-AK-Hauptkommandantur, das sich ideologischen und programmatischen Problemen widmete und für den militärischen Führungszirkel sowie Angehörige der Intelligenz bestimmt war.<sup>21</sup> Wie

---

<sup>15</sup> Die Bezeichnung „Abteilung für Aktuelle Propaganda“ entstand erst nach Kriegsende und stammt von Jan Rzepecki; MAZUR, Biuro, S. 45.

<sup>16</sup> Ebd., S. 45-50.

<sup>17</sup> AAN 7/2; AAN 202/III-93, Bl. 8-10a. Prasa ZWZ za okres od 1.8. do 31.10.1941, 3.9.1941.

<sup>18</sup> MAZUR, Biuro, S. 71; MARSZALEK, Rozpoznanie, S. 37.

<sup>19</sup> PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 30.

<sup>20</sup> PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 108, 392.

<sup>21</sup> Zur polnischen Untergrundpresse die Überblicksdarstellung von STANISŁAWA LEWANDOWSKA, Polska konspiracyjna prasa informacyjno-polityczna 1939–1945, Warszawa 1982.

jedoch aus jüngsten Forschungen hervorgeht, fanden sich in den „Wiadomości Polskie“ äußerst kritische Ansichten bezüglich der Juden – und zwar sowohl in den Einzelausgaben von Ende 1941 als auch in der späteren Berichterstattung während der „Großaktion“ im Warschauer Ghetto. Dies ist insofern bemerkenswert, als in der Redaktion der „Wiadomości Polskie“ zahlreiche liberale beziehungsweise politisch links stehende Vertreter der Intelligenz tätig waren.<sup>22</sup> Nach Andrzej Friszke gaben bei solcherart unpassenden und – auch angesichts des Ausmaßes der Katastrophe – nicht nachvollziehbaren Kommentaren jedoch diejenigen Mitarbeiter den Ton an, die die gemäßigt-rechte und gegenüber Juden negative Einstellung einiger ihrer Vorgesetzten teilten.<sup>23</sup>

Der Grundtenor des „Biuletyn Informacyjny“ unterschied sich von den „Wiadomości Polskie“ recht deutlich. Denn im „Biuletyn“ erschienen ohne antisemitische Kommentare versehene, regelmäßige Meldungen zur Lage der polnischen Juden in den besetzten Gebieten, wobei die nationalsozialistischen Verbrechen beim Namen genannt und uneingeschränkt verurteilt wurden.

Die Fachhistoriker sind sich heute darüber einig, dass auch die II. Abteilung der ZWZ-AK-Hauptkommandantur laufend Informationen über die jüdische Bevölkerung in Polen sammelte. Der derzeitige Forschungsstand erlaubt jedoch keine Festlegungen zum konkreten Ausmaß dieses Phänomens.<sup>24</sup> Die Thematik stieß auch unter den auf die Geschichte des polnischen Geheimdienstes spezialisierten Historikern bislang nur auf geringes Interesse.<sup>25</sup> Die Gewinnung von Informationen über die Situation der jüdischen Bevölkerung in Polen stellte sicherlich nicht die Hauptauf-

---

<sup>22</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 34, 41.

<sup>23</sup> ANDRZEJ FRISZKE, Publicystyka Polski Podziemnej wobec zagłady Żydów 1939–1944, in: Polska – Polacy – mniejszości narodowe, hg. von EWA GRZEŚKOWIAK-ŁUCZYK, Wrocław u. a. 1992, S. 193–214, hier S. 212.

<sup>24</sup> MAZUR, Biuro, S. 71; MARZALEK, Rozpoznanie, S. 36–52; JAN CIECHANOWSKI, Meldunki o sytuacji i zagładzie Żydów, in: Polsko-brytyjska współpraca wywiadowcza podczas II wojny światowej. Bd. 1, hg. v. TADEUSZ DUBICKI u. a., Warszawa 2004, S. 534–546.

<sup>25</sup> Im umfangreichen zweibändigen Sammelband über die polnisch-britische Zusammenarbeit der Nachrichtendienste im Zweiten Weltkrieg wird diese Thematik – abgesehen vom erwähnten Beitrag Jan Ciechanowskis – völlig übergangen (Polsko-brytyjska współpraca wywiadowcza podczas II wojny światowej. Bd. 1, hg. v. TADEUSZ DUBICKI u. a., Warszawa 2004; Bd. 2: Wybór dokumentów, hg. v. JAN STANISŁAW CIECHANOWSKI). Wenig erhellend erscheint in diesem Zusammenhang auch die Studie von PIOTR MATUSAK, Wywiad Związku Walki Zbrojnej-Armii Krajowej 1939–1945, Warszawa 2002. Auch der jüngst erschienene Sammelband – Wywiad i kontrwywiad Armii Krajowej, hg. v. WŁADYSŁAW BULHAK, Warszawa 2008 – lässt die geheimdienstlichen Erkenntnisse zur Lage der jüdischen Bevölkerung völlig unberücksichtigt.

gabe des ZWZ-AK-Nachrichtendienstes dar. Derartige Fragen tauchten zumeist bei der Erforschung der von der Wehrmacht und der deutschen Bevölkerung an den Tag gelegten Moral sowie im Laufe von Untersuchungen über die jeweilige Stimmung unter den Polen und der nationalen Minderheiten im Lande – aber auch im Rahmen der Tätigkeit der Spionageabwehr – auf.<sup>26</sup>

Innerhalb der Regierungsdelegatur befasste sich die Abteilung „Information“ unter Stanisław Kauzik (Decknamen „Dołęga“, „Jeziński“, „Modrzewski“) mit der Beschaffung von Auskünften über die Lage der jüdischen Bevölkerung. Zur inneren Struktur der Abteilung gehörte auch das Redaktionskomitee der „Rzeczpospolita Polska“, des Hauptpresseorgans der Regierungsdelegatur. Die Redaktion setzte sich aus Kauzik, Franciszek Głowiński (Decknamen „Tadeusz Bronicz“, „Czołowski“) und Teofil Syga (Decknamen „Cedro“, „Grudzień“) zusammen. Wie aus neuesten Untersuchungen hervorgeht, widmete die „Rzeczpospolita Polska“ der Judenproblematik bis Juni 1941 nur geringe Aufmerksamkeit und ließ während des Holocausts vor allem extrem judenkritische Auffassungen zu Wort kommen.<sup>27</sup> Laut Andrzej Friszke lässt sich das wiederholte Erscheinen von Kommentaren mit „Akzenten, die zur Dimension der sich abspielenden Tragödie nicht passen“, mit der Einstellung der verantwortlichen Abteilungsmitarbeiter erklären. Denn die Abteilung „Information“ wurde laut Friszke von Beamten mit eher rechten Anschauungen geleitet, die oftmals negative Ansichten über Juden äußerten.<sup>28</sup> In der Abteilung entstand darüber hinaus ein Periodikum für die Vertrauensmänner der Regierungsdelegatur – die „Dokumenty Chwili“ (Dokumente des Augenblicks).<sup>29</sup> Innerhalb der Abteilung „Information“ war ferner eine Sektion tätig, die fortlaufende Berichte für die Londoner Exilregierung erstellte (Decknamen „Lo“, „6004“). Abgesehen von bestimmten anderen Materialien (z. B. „Pro memoria o sytuacji w kraju“) übersandte die Regierungsdelegatur auch ihr offizielles Presseorgan „Rzeczpospolita Polska“ sowie die „Dokumenty Chwili“ in regelmäßigen Abständen nach London.<sup>30</sup>

Der Briefpost wurden Mitteilungen verschiedenster Untergrundorganisationen beigelegt, die in der Regierungsdelegatur eingetroffen waren,<sup>31</sup>

<sup>26</sup> PULAŃSKI, W obliczu Zagłady, S. 122.

<sup>27</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 28, 41 f.

<sup>28</sup> FRISZKE, Publicystyka Polski, S. 212.

<sup>29</sup> AAN 202/III-93, Bl. 15. Wykaz i charakterystyka tajnej prasy, 1.9.1941. Auch PULAŃSKI, W obliczu Zagłady, S. 40.

<sup>30</sup> WALDEMAR GRABOWSKI, Polska Tajna Administracja Cywilna 1940-1945, Warszawa 2003, S. 215-225; PULAŃSKI, W obliczu Zagłady, S. 41.

<sup>31</sup> GRABOWSKI, Polska Tajna Administracja Cywilna, S. 224 f.

darunter unter anderem seit Frühjahr 1942 die Briefe von *Bundisten* und ab Herbst 1942 die Dokumente des ŻKN.<sup>32</sup> In sämtlichen von der Regierungsdelegatur nach London gesandten Materialien tauchten mit unterschiedlicher Häufigkeit auch „jüdische“ Themen auf.<sup>33</sup> Auch der Regierungsdelegierte übersandte wiederholt Depeschen nach London. Dennoch blieben seine Einflussmöglichkeiten vor allem aus technischen Gründen geringer als die Möglichkeiten, die sich aus dem Potential der militärischen Strukturen der AK ergaben. Die Situation änderte sich erst im Herbst 1942, als die Regierungsdelegatur einen eigenen Rundfunksender in Betrieb nahm.<sup>34</sup>

Im Februar 1943 gründete man in der Abteilung für Innere Angelegenheiten ein „Jüdisches Referat“, an dessen Spitze Witold Bieńkowski (Decknamen „Jan“, „Kalski“, „Wenecki“) stand.<sup>35</sup> Als Stellvertreter fungierte Władysław Bartoszewski (Decknamen „Ludwik“, „Teofil“).<sup>36</sup> Nach der Gründung des Judenhilfsrates „Żegota“ verschob sich das Hauptaugenmerk hinsichtlich der Juden auf die zivilen Strukturen des polnischen Untergrunds.<sup>37</sup> Dabei trennte man die weiterhin vom „Jüdischen Referat“ des BIP in der AK-Hauptkommandantur organisierte militärische Zusammenarbeit von der Betreuung und Koordination der Belange der jüdischen Bevölkerung, mit der sich fortan die „Żegota“ und das „Jüdische Referat“ der Regierungsdelegatur befassen.<sup>38</sup> Der Tätigkeitsbereich dieses Referats war recht umfangreich: Hilfe für die sich versteckenden Juden, Erleichterung der Kontakte zwischen dem jüdischen Untergrund und dem Ausland, regelmäßige Erstellung und Übersendung von Berichten über die Situation der polnischen Juden an die Londoner Exilregierung.<sup>39</sup> Die von Referatsleiter Bieńkowski unternommenen Aktivitäten werden von der Forschung jedoch äußerst kritisch bewertet.<sup>40</sup>

---

<sup>32</sup> Seit Herbst 1942 bildeten Rundfunkdepeschen einen effektiveren Kanal der Nachrichtenübermittlung.

<sup>33</sup> PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 41.

<sup>34</sup> GRABOWSKI, Polska Tajna Administracja Cywilna, S. 98-100, 105.

<sup>35</sup> DERS., Delegatura Rządu Rzeczypospolitej na Kraj, Warszawa 1995, S. 82.

<sup>36</sup> Ebd.; PREKEROWA, Konspiracyjna Rada, S. 64.

<sup>37</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 75.

<sup>38</sup> Ebd., S. 75-77; PREKEROWA, Konspiracyjna Rada, S. 65; Ten jest..., hg. v. BARTOSZEWSKI / LEWINÓWNA, S. 20.

<sup>39</sup> PREKEROWA, Konspiracyjna Rada, S. 64 f.; GRABOWSKI, Delegatura, S. 82 f.; Ten jest..., hg. v. BARTOSZEWSKI / LEWINÓWNA, S. 20.

<sup>40</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 74-78; JANUSZ MARSZALEC, Morderstwo na Makowieckich i Widszalu. Stara sprawa, nowe pytania, nowe wątpliwości, in: Zagłada Żydów. Studia i Materiały 2 (2006), S. 35-45.



## Was wusste man?

Die massenhafte Eliminierung der jüdischen Bevölkerung setzte nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 22. Juni 1941 ein. Beeinflusst wurde die Wahrnehmung dieses Phänomens von der Betrachtungsweise, die in Bezug auf die jüdische Bevölkerung während der „Ghettoisierung“ (1939–1941) vorherrschte. Charakteristisch für diese Phase waren höchst ambivalente Auffassungen der Führung des Polnischen Untergrundstaates in Hinblick auf die Lage der Juden im GG. Denn obwohl man deren Schicksal durchaus als schwer einstufte, hielt man die Situation der Juden im Vergleich zur Lage der polnischen Bevölkerung für wesentlich besser. Die Einstellung gegenüber den jüdischen Mitbürgern wurde vor allem von der Überzeugung vom jüdischen „Verrat“ in den polnischen Ostgebieten dominiert,<sup>41</sup> was den zunehmenden Antisemitismus in ganz Polen und auch den Forderungskatalog zur „jüdischen Frage“ entsprechend beeinflusste. Gleichzeitig tauchten in öffentlichen Verlautbarungen offizieller polnischer Stellen immer wieder Belehrungen und Warnungen auf, sich nicht auf die deutschen Versuche einzulassen, die Haltung der Polen für eine antijüdische NS-Politik zu missbrauchen.<sup>42</sup>

Seit Oktober 1941 war sich die polnische Untergrundbewegung schon völlig darüber im Klaren, dass in Litauen zahlreiche Massenmorde an den dort lebenden Juden verübt wurden (dabei fiel sogar die Zahl von 170.000 Opfern). Damals erschienen im „Biuletyn Informacyjny“ und in der „Rzeczpospolita Polska“ erste Meldungen über die systematische Ermordung von Juden durch Litauer. Diesbezügliche Nachrichten wurden auch

---

<sup>41</sup> Die Haltung der jüdischen Bevölkerung unter der sowjetischen Besatzungsherrschaft bildet immer noch ein rege diskutiertes und bislang noch weitgehend ungelöstes Forschungsproblem. Vgl. etwa MAREK WIERZBICKI, *Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939–1941)*, Warszawa 2001; BOGDAN MUSIAL, „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin 2000; KRZYSZTOF JASIEWICZ, *Pierwsi po diable. Elity sowieckie w okupowanej Polsce 1939–1941* (Białostockczyzna, Nowogródzczyzna, Polesie, Wileńszczyzna), Warszawa 2001; weitere Literatur bei ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, *U genezy Jedwabnego. Żydzi na Kresach Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej, wrzesień 1939 – lipiec 1941 r.*, Warszawa 2006; RAFAŁ WNUK, „Za pierwszego Sowietą“. Polska konspiracja na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej (wrzesień 1939 – czerwiec 1941), Warszawa 2007; *Shared History – Divided Memory. Jews and Others in Soviet-occupied Poland, 1939–1941*, hg. v. ELZAR BARKAN u. a., Leipzig 2007. Hinsichtlich des Jedwabne-Problems entwickelte sich eine Sonderdebatte: JAN TOMASZ GROSS, *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001; JOANNA MICHLIC, *Rozliczenie z „ciemną przeszłością“*. Polska debata o zbrodni w Jedwabnem, in: *Świat Niepożegnany. Żydzi na dawnych ziemiach wschodnich Rzeczypospolitej w XVIII-XX wieku*, Warszawa / London 2004, S. 623–657.

<sup>42</sup> Dazu: LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 16–30.



im November 1941 laut.<sup>43</sup> Der erste Hinweis auf das Judenpogrom in Lemberg tauchte in der Untergrundpresse bereits im August 1941 auf. Nachrichten über die an den Juden in Wolhynien, Polesien, Ostgalizien und der Sowjetukraine verübten Morde erreichten Warschau hingegen erst Anfang beziehungsweise Mitte Dezember 1941. Die Ermordung der Juden in anderen Ostgebieten Polens (abgesehen vom Wilnaer Gebiet) sowie im sowjetischen Weißrussland und in Wolhynien wurde im „Biuletyn Informacyjny“ im Januar und Februar 1942 vermerkt.<sup>44</sup> In der Forschung wird teilweise besonders auf die Schwäche der konspirativen Strukturen in den polnischen Ostgebieten seit Mitte 1941 hingewiesen. Die von den Sondergesandten der ZWZ-Hauptkommandantur gebildeten „Netzwerke begannen erst 1942 zu funktionieren. Erst zu diesem Zeitpunkt verbesserte sich auch die Qualität der aus den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik eintreffenden Nachrichten“.<sup>45</sup> Seit Mitte Januar 1942 gingen in der ZWZ-Bezirkskommandantur Lodz („Kreton“) wiederholt Meldungen ein, denen zufolge sich die Lage der jüdischen Bevölkerung in den Ostgebieten Polens allmählich verbesserte. Umso größer war daher die Überraschung, als Anfang Februar 1942 in Warschau eine präzise und ausführliche Nachricht des „Kreton“ vom 28. Januar 1942 eintraf, in der ausdrücklich auf die Ermordung der Juden im Vernichtungslager Kulmhof hingewiesen wurde.<sup>46</sup>

Eine wichtige zeitgenössische Quelle bilden auch die damals von Juden verfassten Briefe bezüglich der Mordaktionen in Kulmhof, die sich ab einem bis heute ungeklärten Zeitpunkt im Besitz polnischer Widerstandskämpfer befanden.<sup>47</sup> Im Februar 1942 erhielt man in Warschau die ersten Hinweise darauf, dass die deutsche Besatzungsmacht angeblich eine derartige Aktion im GG plante. Von der Gestapo Krakau sickerte dabei die Nachricht durch, dass dort bestimmte „Judenkontingente“ vernichtet werden sollten.<sup>48</sup> Mitte März 1942 traf in der AK-Hauptkommandantur ein aus dem Umfeld des „Oneg Schabbat“<sup>49</sup> stammender, detaillierter Bericht über

<sup>43</sup> ŻBIKOWSKI, U genezy Jedwabnego, S. 113-127; auch LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 30 f.

<sup>44</sup> PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 45 f.

<sup>45</sup> Zit. PAWEŁ MACHCEWICZ / RAFAŁ WNUK, Historyk ahistoryczny, in: Tygodnik Powszechny, 2004, Nr. 33, S. 5. Diese Auffassung teilt auch LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 31.

<sup>46</sup> Zum Inhalt dieser Meldung: AAN 202/III-28, Bl. 70-71, 86. Raport „Kretonu“, 28.1.1942.

<sup>47</sup> AAN 202/II-29, Bl. 7. Listy z Krośniewic, 21. u. 22.1.1942; AAN 202/III-28, Bl. 65. List do Dr Milejowskiego, 21.1.1942.

<sup>48</sup> AAN 202/III-7, Bd. 1, Bl. 49-52.: „Informacja bieżąca“ Nr. 8 (33) v. 24.2.1942.

<sup>49</sup> Das Untergrund-Archiv des Warschauer Ghettos, auch Ringelblum-Archiv. Siehe dazu: Oneg Schabbat. Das Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos. Ausstellungskatalog, hg. v. Jüdischen Historischen Institut Warschau, Düsseldorf 2003.

das Vernichtungslager Kulmhof ein. Zur gleichen Zeit tauchten erste, noch unklare Informationen über Judenmorde in Lublin auf. Ende März 1942 riefen diese beunruhigenden Nachrichten dem polnischen Widerstand ins Bewusstsein, dass eine „neue Welle der Judenunterdrückung von deutscher Seite“<sup>50</sup> begonnen hatte. Diese aus einem zeitgenössischen Dokument stammende Formulierung zeigt ganz deutlich, wie der Holocaust damals wahrgenommen wurde.<sup>51</sup>

Anfang April 1942 kam die AK-Hauptkommandantur in den Besitz einer detaillierten Meldung des Ringelblum-Archivs zu den Judenmorden im Lubliner Gebiet. Die Führung der Heimatarmee wusste auch, dass die deutschen Besatzungsbehörden die jüdische Bevölkerung aus den umliegenden Ortschaften Warschaus ins dortige Ghetto umsiedelten. Dies brachte man mit früheren Informationen in Verbindung, so dass Anfang April 1942 erstmals der Verdacht aufkeimte, dass auch das größte Ghetto im GG – in Warschau – bedroht war. Darüber hinaus gibt es Quellenhinweise, wonach im April 1942 auch die ersten fragmentarischen Meldungen aus der AK-Bezirkskommandantur Lublin über die dort stattfindenden Judenmorde in Warschau eintrafen. In der ersten Aprilhälfte 1942 sickerte ferner durch, dass das NS-Regime die Juden in „Arbeitsfähige“ und „Arbeitsunfähige“ aufteilte – und Mordaktionen an letzterer Gruppe verübte.

Die Wahrnehmung der Judenmorde in den Westgebieten Polens und im GG basierte lange Zeit auf dem zuvor erworbenen, fundierten Wissen über die Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Ostpolen. Dabei bezeichnete man unter anderem die Mordaktionen in Kulmhof und Belzec als Exekutionen. Ende April 1942 tauchten in den Dokumenten des Polnischen Untergrundstaates erstmals Formulierungen auf wie – „Die Aktion der *Liquidierung* der Juden dauert an und soll auf breitangelegter Skala erfolgen“<sup>52</sup> – oder – „Der *Plan der Auslöschung* einer erheblichen Anzahl von Juden im GG zeichnet sich deutlich ab“. Dennoch wurde sofort hinzugefügt, dass es sich dabei um eine „organisatorische Liquidierungsaktion“ handle, infolgeder die „nichtarbeitenden“ Juden vernichtet werden sollten. Man vermutete damals, dass davon etwa die Hälfte der drei Millionen im GG lebenden Juden betroffen sein würde.<sup>53</sup>

Erst durch diese „Großaktion“ wurde den polnischen Untergrundkämpfern bewusst, dass sich diese Aktion vor allem gegen die Juden im eigenen

---

<sup>50</sup> Zit. nach: AAN 202/I-56, Bl. 26. Ciężki przednówek okupacyjny, o. D.

<sup>51</sup> PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 549.

<sup>52</sup> AAN 202/III-7, Bd.1, Bl. 75-79: „Informacja bieżąca“, Nr. 16, 28.4.1942. Hervorhebung im Original.

<sup>53</sup> Studium Polski Podziemnej. A.3.1.1.2, in: Aneks, Nr. 30, Bl. 286 f. für die Zeit v. 16.-30.4.1942. Hervorhebung im Original.

Lande richtete.<sup>54</sup> Zugleich beobachtete der Untergrund um die Jahreswende 1941/42 in den Ostgebieten Polens – und seit dem Frühjahr 1942 auch im GG – einen wachsenden Terror gegenüber polnischen Bürgern.

Im Laufe der Zeit tauchte der Begriff der „neuen Terrorwelle“ auf. Deren Ursachen sah die Führung des Untergrundstaates im Fiasko des sogenannten „Normalisierungsprozesses“, also in den wiederholten Versuchen der deutschen Besatzungsmacht, Polen für ihre Ziele zu gewinnen. Denn nach Ansicht führender konspirativer Kreise lag einer der Gründe für derartige Aktivitäten in der Furcht des NS-Regimes vor einem „polnischen Aufstand“, zu dem der Kreml und die sowjetischen Partisanen wiederholt aufgerufen hatten. Man vermutete daher, dass die Ablehnung der deutschen „Normalisierungs“-Vorschläge eine gewisse „Nervosität unter den deutschen Machthabern“ ausgelöst hatte. Diese „Nervosität“ zeigte sich nicht nur im Auftauchen neuer deutscher Kampfverbände auf polnischem Boden und in der Bildung spezieller „deutscher“ Stadtviertel – also in zusätzlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der deutschen Bevölkerung vor Ort. Unübersehbarer Gradmesser dieser „Nervosität“ war vielmehr die steigende Zahl von Terrorhandlungen.

Als Paradebeispiel für diese Entwicklung erachtete man den Anfang März 1942 verübten Mord an 100 Polen aus Warschau.<sup>55</sup> In offiziellen Verlautbarungen des Untergrunds wurde nicht ausdrücklich vermerkt, dass man die Judenmorde für ein Element dieser neuen Terrorwelle hielt. Das heißt jedoch nicht, dass man diesen Zusammenhang nicht vermutete.<sup>56</sup> Die damalige Wahrnehmung des NS-Terrors seitens des polnischen Widerstandes erwuchs vielmehr aus dem natürlichen Bedürfnis, die zu beobachtenden Phänomene zu „rationalisieren“.<sup>57</sup>

### Erste Reaktionen

Diese Wahrnehmung bildete wohl auch den Nährboden für die anfänglich praktizierte Strategie „maßgeblicher Kreise“ des Untergrundstaates ange-

---

<sup>54</sup> PULAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 550. Zum Prozess der Wahrnehmung des Holocausts seitens jüdischer Untergrundkämpfer: RUTA SAKOWSKA, Archiwum Ringelbluma – ogniem konspiracji warszawskiego getta. T. III, in: BŻIH 155/156 (1990), S. 153-160.

<sup>55</sup> Zur Ermordung von über 100 polnischen Häftlingen der Warschauer Gefängnisse „Pawiak“ und „Aleja Szucha“: WLADYSŁAW BARTOSZEWSKI, Warszawski pierścień śmierci 1939-1944, Warszawa 1970, S. 148-152. Bartoszewski weist dabei darauf hin, dass dies die größte Mordaktion „seit den Massenhinrichtungen in Palmiry“ gewesen sei.

<sup>56</sup> Beispielsweise AAN 202/III-28, Bl. 295-298. Raport z 7.5.1942.

<sup>57</sup> Diese Art der Wahrnehmung und Interpretation des Terrors kristallisierte sich in der ersten Jahreshälfte 1942 heraus; PULAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 550.

sichts des wachsenden Terrors der NS-Besatzungsmacht. Denn sowohl die polnische als auch die jüdische Untergrundbewegung schienen bis zur „Großaktion“ im Warschauer Ghetto davon überzeugt zu sein, dass man die Massenmorde an den Juden lediglich an die große Glocke hängen musste, um deren Ausmaß – wahrscheinlich sogar durch eine Entscheidung auf deutscher Seite – zu verringern. Diese Auffassung war innerhalb des polnischen Widerstandes um die Jahreswende 1941/42 anzutreffen, nachdem man von den Judenmorden in Ostpolen erfahren hatte. Die deutsche Besatzungsmacht machte aus der Verfolgung der Polen keinen Hehl, so dass insbesondere die deutsche Presse in den eingegliederten Gebieten ohne Umschweife über die Hinrichtung der zum Tode verurteilten polnischen Bürger berichtete. Gleichzeitig beobachteten die Entscheidungsträger des Untergrunds, dass die deutsche Seite jegliche Informationen über die Ermordung der Juden möglichst verbergen wollte. In der Verheimlichung der Todesurteile sah die Führung des polnischen Widerstandes daher den Schlüssel für die erfolgreiche Realisierung der nationalsozialistischen Mordaktionen. Infolgedessen lag es nahe anzunehmen, dass das Durchbrechen dieser Schweigemauer eine gewisse Wirkung entfalten könnte.<sup>58</sup> Eine solche Einschätzung der Lage entsprach durchaus der Überzeugung jüdischer Kreise, die davon ausgingen, dass „diese Krankheit vielleicht deshalb aufhören werde, weil die Dinge auch publik geworden waren“.<sup>59</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint die regelmäßige Übersendung von Berichten des Untergrundstaates nach London in einem anderen Licht. Mitte 1942 initiierten führende Kreise des polnischen Widerstandes sogar eine Sonderaktion, um über das „genaue Bild der Wirklichkeit“ im eigenen Lande zu informieren. Dabei hielt man u. a. die Übermittlung von Nachrichten über die Ermordung der Juden für sehr wichtig. Dieses Thema hatte zwar nicht den höchsten Stellenwert im Rahmen der Sonderaktion, tauchte jedoch wiederholt in Depeschen auf, die Vorschläge zur Durchführung von BBC-Rundfunksendungen enthielten.<sup>60</sup> Die Forschung verfügt inzwischen

---

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Zit. RUTA SAKOWSKA, *Dwa etapy. Hitlerowska polityka eksterminacji Żydów w oczach ofiar. Szkic historyczny i dokumenty*, Wrocław u. a. 1986, S. 109 – Der Brief von Róża [Kaplan] an ihren Ehemann Szmul v. 24.1.1942 erreichte am 28.1.1942 seinen Adressaten; Übergreifend RUTA SAKOWSKA, *Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939–1943*, Osnabrück 1999; auch die nach Kriegsende verfassten Memoiren ICCHAK CUKIERMAN, *Nadmiar pamięci (siedem owych lat). Wspomnienia 1939–1946*, Warszawa 2000, S. 125 (englische Fassung: YITZHAK ZUKERMAN, *A surplus of Memory*, Berkeley u. a. 1993).

<sup>60</sup> Im Rahmen der Sonderaktion sandte man bis Juni 1942 insgesamt sechs Depeschen nach London, die Vorschläge für BBC-Rundfunksendungen enthielten; Zur Entstehungsgeschichte und Durchführung dieser Aktion PUŁAWSKI, *W obliczu Zagłady*, S. 71–83, 454.

auch über andere Depeschen, Meldungen und Berichte, die der polnische Widerstand unter anderem von jüdischen Untergrundkämpfern erhalten hatte, und die bislang teilweise unbekannt waren (z. B. Meldung 117<sup>61</sup>) oder umgehend nach London gesandt wurden (z. B. „Aneks“ Nr. 26,<sup>62</sup> Briefe des *Bund*<sup>63</sup>).

Dennoch zeitigte die These von der Wirksamkeit einer „öffentlichen“ Bekanntmachung der Judenmorde in der Realität kaum spürbare Konsequenz – weder nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über die Judenvernichtung in Kulmhof noch bei Bekanntwerden der „Hinrichtungsaktion“ gegenüber den Juden im GG. Das einzige Dokument, in dem sich der Regierungsdelegierte bei seiner Intervention angesichts des zunehmenden Terrors in der Anfangsphase auch auf die Ermordung der Juden berief, stellten wahrscheinlich die „Allgemeinen Bemerkungen“ (*Uwagi ogólne*) vom 10. Mai 1942 dar.<sup>64</sup>

Eine quellenkritische Untersuchung dieses Dokuments zeigt jedoch, dass der Regierungsdelegierte vor allem eine wachsende Gleichgültigkeit gegenüber den an Polen und Juden verübten Mordaktionen befürchtete und diesbezüglich negative Auswirkungen auf die Moral der polnischen Gesellschaft verhindern wollte, denn rein polnische Angelegenheiten hatten zweifellos den höchsten Rang. Die Verfolgung der Polen lieferte den Hauptimpuls für die Vorbereitung der oben erwähnten Informationskampagne. In zahlreichen Meldungen und Depeschen des Regierungsdelegierten und des AK-Hauptkommandanten in die polnische Bevölkerung betreffenden Angelegenheiten tauchten immer öfter Bitten um Interventionen und die Einleitung von Vergeltungsaktionen auf, aber auch eigene Lösungsvorschläge und Forderungen sowie Bitten um konkrete Handlungsanweisungen.<sup>65</sup>

Dagegen blieb die Zahl der Depeschen und Meldungen, in denen der polnische Untergrundstaat über die Massenmorde an den Juden berichtete, überaus gering. Derartige Nachrichten enthielten weder Vorschläge für eine weitere Vorgehensweise noch die Bitte um konkrete Handlungsanweisungen. Die Informationen über die Ermordung der jüdischen Bevölkerung

---

<sup>61</sup> Zum vollen Wortlaut dieser Meldung: AAN 203/I-17, Bl. 113. Meldunek Nr. 117 b.

<sup>62</sup> Die Mitteilungen von General Rowecki an die Londonder Zentrale: „Masakra Żydów w Polsce i na Ukrainie“ (Aneks, Nr. 26 für die Zeit von 16.-28.2.1942), in: *Armia Krajowa w dokumentach*. Bd. VI: Uzupełnienia, Wrocław u. a. 1991, S. 236 f.

<sup>63</sup> Zum „ersten“ Brief des *Bund* in: BŻIH 194 (2000), S. 242-247; „Zweiter“ Brief des *Bund*, 11.5.1942, in: *Ten jest...*, hg. v. BARTOSZEWSKI / LEWINÓWNA, S. 961-963.

<sup>64</sup> Zum vollen Wortlaut dieses Dokuments: *Stadium Polski Podziemnej*. A.2.1.1.1.B, „Uwagi ogólne“, 10.5.1942, Bl. 49-51.

<sup>65</sup> Näherhin PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 551-553.

bildeten oftmals nicht den wichtigsten Bestandteil der übersandten Nachrichten, sondern trugen eher beiläufigen Charakter. Einige Meldungen über das Vernichtungslager Kulmhof wurden durch einen Kurier und nicht als Funkdepesche übermittelt. Darüber hinaus gab es Fälle, in denen Abhandlungen mit wichtigen Informationen zu Judenmorden – z. B. im „Aneks“ Nr. 28<sup>66</sup> – mit erheblicher Verspätung zugesandt wurden. Manche Depeschen lenkte man entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung – wie etwa die Depesche des Regierungsdelegierten vom 8. April 1942<sup>67</sup> – nicht auf schnellstmöglichem Wege über Funk oder überhaupt nicht nach London (z. B. „Materialien für die BBC-Sendung“ [*Materiały dla audycji BBC*] vom 14. April 1942<sup>68</sup>).

Andererseits ist mit Nachdruck zu betonen, dass man in der Führung des Untergrundstaates davon ausging, dass die auf dem Kurierweg übersandten Nachrichten sehr rasch nach London gelangten – was in einigen Fällen auch tatsächlich zutraf. Aufgrund der herrschenden Kriegsbedingungen kam es jedoch manchmal zu monatelangen Verzögerungen. In Führungskreisen des polnischen Widerstandes war man damals ferner der Ansicht, dass nur eine schnelle Beendigung des Krieges eine radikale Lösung des zunehmenden Terrors ermöglichen würde, was der Regierungsdelegierte in den „Uwagi ogólne“ vom 12. März<sup>69</sup> bzw. 10. Mai 1942 deutlich zum Ausdruck brachte.

Darüber hinaus herrschten innerhalb des Untergrunds recht unterschiedliche Auffassungen, denn die AK-Mitglieder hegten im Gegensatz zu den Mitarbeitern der Regierungsdelegatur weitaus weniger Vorbehalte, Nachrichten über den Holocaust nach London zu übermitteln oder diese publik zu machen. Besonders tragisch erscheint dabei die Tatsache, dass man in der Untergrundpresse ausgerechnet während der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung eine breite Debatte über die Präsenz der Juden

---

<sup>66</sup> Studium Polski Podziemnej. A.3.1.1.2, in: Aneks, Nr. 28 für die Zeit von 16. – 21.3.1942, Bl. 276 f.

<sup>67</sup> Zum Inhalt der Depesche: Delegat Rządu do centrali: eksterminacja Żydów, 8.4. 1942, in: Armia Krajowa w dokumentach. Bd. II: Juni 1941–April 1943, Wrocław u. a. 1990, S. 210.

<sup>68</sup> MARIA TYSZKOWA, Eksterminacja Żydów w latach 1941–1943. Dokumenty Biura Propagandy i Informacji KG AK w zbiorach Biblioteki Uniwersytetu Warszawskiego, in: BŻIH 162/163 (1992), Nr. 2/3, S. 35–61; Nr. 4, S. 47–60, hier Nr. 2/3, S. 55 f. Eine differenzierte Beschreibung der Übersendung dieser Materialien bietet PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 553.

<sup>69</sup> Zum genauen Inhalt dieser Einzelausgabe: AAN 202/I-30, Bl. 146 f., „Uwagi ogólne“, 12.3.1942.

in der polnischen Gesellschaft und deren Minderheitenrechte vom Zaum brach, wobei auch Antisemitismus zum Vorschein kam.<sup>70</sup>

Im Allgemeinen interessierten sich die Redakteure der Untergrundpresse weitaus mehr für polnische als für jüdische Angelegenheiten. Im Laufe des Jahres 1942 richteten führende Kreise des Untergrundstaates an die einheimische Bevölkerung zahlreiche Appelle und Aufforderungen zu höchst unterschiedlichen Fragen, die jedoch nichts mit der Judenproblematik zu tun hatten – bis zur Verlautbarung der Führung für den Zivilen Kampf (*Kierownictwo Walki Cywilnej*, KWC) vom 17. September 1942 –,<sup>71</sup> denn man betrachtete die Kriegswirklichkeit in Polen vor allem in ethnischen Kategorien.<sup>72</sup>

Vor diesem Hintergrund ist zu betonen, dass die Reaktionen des Untergrunds in der ersten Jahreshälfte 1942 von den Entscheidungen der Londoner Exilregierung erheblich beeinflusst wurden. Bereits damals herrschte in London die Auffassung vor, dass man keine politischen Signale an die Heimat senden durfte, die das Land in einen offenen militärischen Schlagabtausch mit der Besatzungsmacht treiben würden. Dahinter stand die Befürchtung, dass eine solche Aktion von der sowjetischen Seite zur Entfachung eines allgemeinen Aufstands genutzt werden würde (diese Haltung vertrat die Exilregierung auch in den Folgejahren). Der Untergrund sollte sich deshalb auf reine Propagandaaktivitäten beschränken. Vieles weist darauf hin, dass diese strategische Orientierung von führenden Kreisen des Widerstandes in der Heimat geteilt wurde. Außerdem erhielt die „öffentliche Meinung“ in Polen den Hinweis aus London, dass die Exilregierung im Laufe einer diplomatisch unterstützten, breitangelegten Propagandaaktion im Juni und Juli 1942 Vergeltung für die Verbrechen der Deutschen forderte. In der Untergrundpresse wurde damals tunlichst verschwiegen, dass die Exilregierung auch einzelne Beispiele von Judenmorden als Argument für die geplante Vergeltungsaktion verwendet hatte, obwohl man in internen Dokumenten wiederholt an die diesbezügliche Verlautbarung des *Bund*-Vertreters in London, Szmul Zygielbojm, erinnerte.<sup>73</sup> In der ersten Jah-

---

<sup>70</sup> ADAM PUŁAWSKI, Wykluczenie czy samowykluczenie? Trzy aspekty obecności Żydów w wojennym społeczeństwie polskim na przykładzie 1942 roku, in: Pamięć i Sprawiedliwość 1 (2008), S. 127-157.

<sup>71</sup> Näherhin DERS., Zagłady, S. 540. Zum genauen Inhalt der Verlautbarung: Polacy-Żydzi 1939-1945. Wybór źródeł, hg. v. ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Warszawa 2001, S. 216. Die Verlautbarung erschien in der Rzeczpospolita Polska, Nr. 16, 16.9.1942 und im Biuletyn Informacyjny, Nr. 37, 17.9.1942.

<sup>72</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK, S. 54.

<sup>73</sup> Chełmska Biblioteka Publiczna, Prasa Konspiracyjna. 4, „Agencja Radiowa“, Nr. 909/178 v. 27.6.1942; AAN 7/2, „Agencja Prasowa“, Nr. 26 (117), 1.7.1942; PUŁAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 550 f.



reshälfte 1942 wurde deutlich, dass es bei zahlreichen Gelegenheiten zu einem „objektiven Bündnis“ zwischen Polen und Juden kam, wie es der polnische Historiker Dariusz Stola ausdrückte.<sup>74</sup> Dennoch ist kaum anzunehmen, dass dieses Phänomen tatsächlich eine „staatsbürgerliche Gemeinschaft mit den Juden“<sup>75</sup> widerspiegelte.

### Die „Großaktion“ und ihre Konsequenzen

Die vom NS-Regime durchgeführte „Großaktion“ im Warschauer Ghetto machte dem polnischen Widerstand bewusst, dass nicht nur die „nicht-arbeitenden“ (50 % der jüdischen Bevölkerung), sondern alle Juden von der Vernichtung betroffen waren. Davon zeugen bestimmte Stellungnahmen seitens der Heimatarmee, die noch im Laufe der „Großaktion“ vorbereitet wurden. Im von Jan Karski ins Exil überführten Bericht „Die Auflösung des Warschauer Ghettos“ („Likwidacja ghetta warszawskiego“) knüpften die Autoren aus dem BIP der AK-Hauptkommandantur an ihre einschlägigen Kenntnisse vor Beginn der Liquidierungsaktion an und wiesen darauf hin, worin der inzwischen eingetretene Wandel beruhte. Der Bericht bestätigt ferner, dass die Führung des Untergrundstaates die Chancen für eine Rettung der jüdischen Bevölkerung von rein äußeren Faktoren abhängig machte – auf die man letztlich vergeblich wartete: „Im März [1942] nach Himmlers Besuch im GG und der von ihm erteilten Anordnung zur Eliminierung von 50 % aller Juden bis Ende 1942 stand bereits zweifellos fest, dass dieses große Morden lediglich durch Ereignisse von hoher militärischer und politischer Bedeutung unterbrochen werden kann, auf die bis heute alle vergeblich warten.“ Darüber hinaus wiesen die Autoren des Berichts darauf hin, dass die „dazu eingeleitete Hilfsaktion in der Konzentrierung bestand, also in der Umsiedlung der Juden in größere Siedlungen, in deren Verlauf 10 % ermordet wurden“.

Dabei erinnerte man ausdrücklich an die Vernichtungslager Kulmhof, Belzec und Sobibór: „Im Frühjahr [1942] erreichten uns Nachrichten über die Bildung eines neuen Lagers in Sobibór (Landkreis Włodawa).“ Die Änderung der vom NS-Regime bislang getroffenen Entscheidungen war laut Bericht erst nach Himmlers Warschau-Besuch im Juli 1942 eingetreten: „Den Beginn der Auflösung des Warschauer Ghettos erwartete man bereits Mitte April, später Ende Mai [1942]. Im Juni kursierte das Gerücht, dass es gelungen sei, die Ghattoliquidierung für eine gewisse Zeit hin-

---

<sup>74</sup> DARIUSZ STOLA, *Nadzieja i Zagłada. Ignacy Schwarzbart – żydowski przedstawiciel w Radzie Narodowej RP (1940–1945)*, Warszawa 1995, S. 193.

<sup>75</sup> Zitiert nach LIBIONKA, „Kwestia żydowska“, S. 43.

auszuzögern. Der Aufenthalt Himmlers im GG Mitte Juli [1942] beschleunigte die Durchführung und verschärfte die ursprünglich getroffenen Anordnungen.<sup>76</sup>

Die deutsche „Großaktion“ führte kaum zu veränderten Reaktionen seitens der Führung des Untergrundstaates, denn diese beschränkte sich auch weiterhin in erster Linie darauf, die Londoner Exilregierung über den Verlauf der „Großaktion“ in Kenntnis zu setzen, ohne eigene Vorschläge oder Erwartungen bezüglich neuer Anweisungen zu formulieren. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung informierten insgesamt vier Depeschen über diese Aktion: zwei davon stammten von Stefan Korboński (26. Juli bzw. 11. August 1942) und zwei von General Rowecki (31. Juli bzw. 19. August 1942).<sup>77</sup> In der Depesche vom 31. Juli 1942 hielt Rowecki folgende Beobachtung fest: „Die von den Deutschen eingeleitete Auflösung des Warschauer Ghettos hat [durch steigende Devisenkurse auf dem Schwarzmarkt] die gesamte Börse erschüttert.“

Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies die erste Depesche Roweckis zur Judenvernichtung war. Quellenkritische Überlegungen legen den Schluss nahe, dass Rowecki mit seiner Depesche an frühere Nachrichten zur „Großaktion“ anknüpfte – vielleicht sogar an die von Korboński übersandte Depesche vom 26. Juli 1942. Noch ein weiterer Gesichtspunkt ist in Erwägung zu ziehen: Rowecki bat in seiner Depesche um einen vom Rundfunk ausgestrahlten Appell an die Amerikaner, dem polnischen Widerstand keine zusätzlichen Dollars zur Verfügung zu stellen, bezog sich aber nicht auf die vom NS-Regime durchgeführte Liquidierungsaktion.<sup>78</sup>

Im Verlauf der „Großaktion“ unterbreitete die AK-Hauptkommandantur zwar einzelne Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise, aber nur in Hinblick auf die Situation der polnischen Bevölkerung – etwa infolge der fortlaufenden Bombardierung Warschaus durch die Sowjets. Die erste Meldung über die Bombardierung in der Nacht zum 21. August 1942 erstellte General Rowecki noch am selben Tag. In einer internen Stellungnahme der Regierungsdelegatur heißt es: „Es hat sich die Meinung herausgebildet, dass der Bombenangriff von den Bolschewiken verübt worden ist [...]. Aber mehr als die angerichteten Zerstörungen in der Stadt geht den Menschen die ‚jüdische Pfuscherei‘ auf die Nerven.“<sup>79</sup>

---

<sup>76</sup> AAN 202/II-28, Bl. 102. Likwidacja ghetta warszawskiego, wrzesień 1942 r. Auch: AAN 202/XV-1, Bl. 40-50. Raport: „Akcja antyżydowska 1942 r.“, wrzesień 1942 r.

<sup>77</sup> Zu erwähnen ist ferner die zweite Depesche vom 19.8.1942, die sich auf das Funktelegramm vom 31.7.1942 berief.

<sup>78</sup> Zu diesen Depeschen PULAWSKI, Nie ujawniać czynnikom.

<sup>79</sup> Ebd.; auch PULAWSKI, W obliczu Zagłady, S. 539 f.

Die Geschichte der Mission Jan Karskis ist hinlänglich bekannt. Seit dem 15. November 1942 trafen bei der Londoner Exilregierung die ersten Nachrichten des Regierungsdelegierten ein, die dieser im September und Oktober über Karski auf den Weg gebracht hatte. Diese Nachrichten wurden insgeheim auch den jüdischen Mitgliedern des Nationalrates, Ignacy Schwarzbart und Szmul Zygielbojm, mitgeteilt – mit der Bitte, sie vorerst geheim zu halten. Am 24. November 1942 machte die Londoner Exilregierung diese Berichte öffentlich. Nur drei Tage später fand eine Sondersitzung des Nationalrates statt, auf der eine diesbezügliche Resolution verabschiedet wurde. Am 1. Dezember 1942 traf Exilaußenminister Edward Raczynski mit seinem britischen Amtskollegen Anthony Eden zusammen und wies diesen auf die „massenhafte Vernichtung der Juden in Polen“ hin. Indessen machte Ministerpräsident Wladyslaw Sikorski während seines USA-Besuchs am 4. Dezember 1942 „Sumner Welles auf die Verfolgung der Juden aufmerksam und forderte ein gemeinsames Auftreten der Alliierten mit einer an Deutschland gerichteten Warnung“.<sup>80</sup>

Am 10. Dezember 1942 gab Raczynski eine offizielle Note mit dem Hinweis auf die Auslöschung der jüdischen Bevölkerung heraus, die an die Regierungen der alliierten Staaten gesandt wurde. Diese Note hatte Einfluss auf die Entstehung der bekannten Erklärung der drei Westmächte, der Regierungen der okkupierten Länder und des Französischen Nationalkomitees vom 17. Dezember 1942 über die Ermordung der jüdischen Bevölkerung in den deutsch besetzten Gebieten. Die Londoner Exilregierung führte abgesehen davon auch eine eigene Propagandaaktion durch, in deren Rahmen unter anderem mehrere Einzelnummern des „Polish Fortnightly Review“ und des „News Bulletin on Eastern European Affairs“ zum Problem des Holocausts sowie die Broschüre „The Mass Extermination of Jews in German Occupied Poland“ herausgegeben wurden. Eine wichtige Vermittlerrolle spielte Karski selbst, der zunächst mit einflussreichen Persönlichkeiten aus Großbritannien und später auch mit amerikanischen Politikern zusammenkam.<sup>81</sup>

Die „Großaktion“ im Warschauer Ghetto bestärkte die AK-Führung in ihrer Auffassung, dass das polnische Volk das nächste Ziel der Vernichtungspolitik der deutschen Besatzungsmacht sein werde. Diese Auffassung spiegelte sich im einleitenden Artikel des „Biuletyn Informacyjny“ vom 20. August 1942 unter dem Titel „Wir dürfen uns nicht erschrecken lassen!“ wieder: „Vor den Augen der polnischen Nation kommt es zur bestialischen ‚Liquidierung‘ von Millionen unter uns lebender Juden, was auch

---

<sup>80</sup> FRANK BAJOHRE / DIETER POHL, *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München 2006, S. 100.

<sup>81</sup> STOLA, *Nadzieja i Zagłada*, S. 170-175.

eine Warnung an uns ist.“ Der gesamte Artikel sieht die Polen vor allem in einer Opferrolle.<sup>82</sup> Von dieser Ansicht zeugen auch die zwei bedeutendsten Depeschen Roweckis unmittelbar nach der „Großaktion“, denn in der Depesche Nr. 803 vom 30. September 1942 unter dem Titel „Bericht zur Frage der Vergeltungsaktion“ heißt es wie folgt:

„Die deutschen Verbrechen sind heute in furchtbarem Ausmaß an der Tagesordnung und legen noch furchtbarere Absichten nahe: Denn die Befehle Himmlers vom März und Juli dieses Jahres sehen die endgültige Beseitigung des Judenproblems im östlichen Europa sowie die Pazifizierung der Polen vor, wobei die Führungsschicht der Nation auf ähnliche Weise beseitigt wird. Am Beispiel der Juden konnten die Polen unter dem Schweigen der ganzen Welt den raschen, wirksamen Mord an Millionen von Menschen beobachten, während sie warten, bis sie selbst an die Reihe kommen. Diese Bedrohung hat mit jedem weiteren Tag immer größere Chancen, Realität zu werden.“

In den nachfolgenden Abschnitten der Depesche hob Rowecki seine Befürchtungen hinsichtlich der Eliminierung der Polen mit Hilfe der „jüdischen Methode“ noch stärker hervor:

„Den deutschen Terror betrachtet die Bevölkerung zunehmend als Beginn einer uns geltenden Vernichtungsaktion, unter Anwendung der ‚jüdischen Methode‘, insbesondere deshalb, weil trotz der Ausschaltung fast aller Juden dennoch litauische und lettische Verbände sowie Formationen der ukrainischen Hilfspolizei im Lande stationiert sind.“

In der früheren Depesche Nr. 790 vom 28. September 1942 hatte General Rowecki beobachtet:

„Die jüngst bekanntgewordenen Direktiven Himmlers vom Juli sehen vor, dass nach den Juden die Polnische Nation endgültig zu Fall gebracht wird, es droht die Vernichtung der Intelligenz und der aktiven Elemente.“

Beide Depeschen wurden in London noch vor der Ankunft Karskis zur Kenntnis genommen. Die Depesche Nr. 803 war überaus charakteristisch, denn Rowecki forderte darin unter Berufung auf maßgebliche politische Kräfte eine Vergeltungsaktion aufgrund des nationalsozialistischen Terrors. Den Hauptimpuls bildete die drohende Vernichtung der polnischen Bevölkerung nach „jüdischem Muster“. Bezeichnenderweise griff Rowecki in seinen einleitenden Worten zur Depesche Nr. 803 im Kontext der als notwendig angesehenen Rückkehr zum Postulat der Vergeltungsaktion auch auf die im März 1942 entsandte Depesche Nr. 152 über den Mord an 100

---

<sup>82</sup> Biuletyn Informacyjny, Nr. 33, 20.8.1942.

Polen zurück.<sup>83</sup> Die Eliminierung der Juden stellte für die polnische Gesellschaft auch deshalb eine Warnung dar, da sie nach Ansicht führender Kreise des Untergrundstaates unter erheblicher Mitwirkung jüdischer Ghettobeamter und -polizisten vollzogen wurde. Diese Auffassung kam in der Untergrundpresse während und unmittelbar nach der „Großaktion“ im Warschauer Ghetto deutlich zum Vorschein. Der in den „Wiadomości Polskie“ vom 21. Oktober 1942 veröffentlichte Beitrag „Eine erste Warnung“ ging auf die Ergreifung polnischer Bürger durch deutsche Arbeitsämter zwecks Überstellung zur Zwangsarbeit im Reich ein und verwies dabei auf sich „in Seilschaften mit dem Feind verstrickende“ polnische Beamte: „Das furchtbare Schicksal der Juden sollte für uns abschreckendes Beispiel und Warnung zugleich sein.“ Wie man diese Warnung letztendlich verstand, offenbarte der in den „Wiadomości Polskie“ erschienene Artikel vom 4. November 1942 unter dem Titel „Auflehnung und Widerstand“ (*Opór i odpór*):

„Wir dürfen die Fehler der Juden nicht selbst begehen. Denn ins Verderben gestürzt hat sie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Feinden, gesellschaftliche Zwietracht, der Egoismus einer Ordnungsorganisation – der Miliz, die übrigens das Schicksal der Gesamtheit der Juden teilen musste und am Ende ermordet wurde, und schließlich die Passivität der Massen sowie individuelle Feigheit. Diesen Sünden müssen wir das Gefühl der nationalen Solidarität, persönlichen Mut und kollektive Aktivität entgegenstellen.“

Darüber hinaus wird suggeriert, dass der Holocaust gleichsam neben der polnischen Gesellschaft stattfand:

„Wir werden uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen, falls die Deutschen auf den Gedanken kämen, mit uns genauso zu verfahren wie mit den Juden. Jene Operation ist unerwarteterweise gelungen: Sie haben die Juden mit deren Mithilfe ermordet – rasch, erfolgreich und ohne Aufsehen zu erregen. [...] Mit den Polen wird das nicht so einfach gehen. [...] Wir Polen zählen noch viele Millionen, und wenn der Feind mit jedem von uns einen persönlichen Kampf ausfechten möchte, [...] werden ihnen die blutigen Gelüste vergehen.“<sup>84</sup>

Auch in weiteren Einzelausgaben des „Biuletyn Informacyjny“ nach dem 20. August 1942 spiegelte sich die Auffassung wider, dass die Polen die Deutschen bei Verfolgung und Terror gegenüber polnischen Mitbürgern nicht unterstützten sollten, wobei das Schicksal der Juden als warnendes Beispiel diene. Der „Biuletyn Informacyjny“ vom 15. Oktober 1942

---

<sup>83</sup> Zu beiden Depeschen: AAN 203/I-22, Bl. 87-89. Depesza „Kalinę“ [Deckname Roweckis] Nr. 803, 30.9.1942; Gen. Rowecki do centrali. Dalsze nasilenie terroru niemieckiego przeciw Polakom, 28.9.1942, in: Armia Krajowa w dokumentach. Bd. II, S. 345 f.

<sup>84</sup> Wiadomości Polskie, Nr. 19, 21.10.1942; Nr. 20, 4.11.1942.

enthielt zum Beispiel eine Verlautbarung des Regierungsdelegierten, in der dieser polnischen Beamten bei einer Zusammenarbeit mit dem NS-Regime die Todesstrafe androhte.<sup>85</sup> Diese Bekanntmachung erschien auch in der „Rzeczpospolita Polska“ vom 14. Oktober 1942. Der darin gleichzeitig veröffentlichte Artikel „Zu den deutschen Verbrechen an den Juden“ enthielt unter anderem die Feststellung, dass den bisherigen Tätern der Judenmorde aufgetragen worden sei, „anschließend zu einer ähnlichen Aktion gegen die polnische Bevölkerung überzugehen. [...] Der Verlauf einer solchen Tragödie wäre anders – denn wir werden uns verteidigen“<sup>86</sup>.

Generell scheint sich also die Haltung führender Kreise des Untergrundstaates zum Holocaust gegen Ende 1942 geändert zu haben.<sup>87</sup> Ein Element dieses Wandels bildete sicherlich die Einberufung des Judenhilfsrates „Żegota“.<sup>88</sup> Wahrscheinlich herrschte damals die Überzeugung, der massenhaften Ermordung der Juden „nicht aktiv entgegenzutreten zu können“.<sup>89</sup> Daher hatte es sich der polnische Widerstand zur Aufgabe gemacht, zumindest einzelne Menschen jüdischer Herkunft zu retten.

Dennoch steht zweifelsfrei fest, dass weniger die Lage der Juden als vielmehr die Bedrohung der Polen zum Übergang „vom passiven Widerstand zum begrenzten Kampf“ führte. Daher kam es im Herbst und Winter 1942 zu den ersten bewaffneten Gegenaktionen.<sup>90</sup> Nichtsdestotrotz war man bemüht, die vor Ort ausgetragenen militärischen Aktivitäten nicht in einen allgemeinen Aufstand ausarten zu lassen. Abermals diente der Holocaust als abschreckendes Exempel dafür, dass eine aktive Verteidigung notwendig war. Der symbolische Übergang zum „begrenzten Kampf“ und die

---

<sup>85</sup> Biuletyny Informacyjne, Nr. 33, 20.8.1942; Nr. 39, 8.10.1942; Nr. 40, 15.10.1942; Nr. 41, 22.10.1942; Nr. 42, 29.10.1942.

<sup>86</sup> Rzeczpospolita Polska, Nr. 18, 14.10.1942: „Wobec zbrodni niemieckiej dokonanej na Żydach“; auch PUŁAWSKI, Wykluczenie czy samowykluczenie?, S. 127-157.

<sup>87</sup> YISRAEL GUTMAN / SHMUEL KRAKOWSKI, Unequal Victims. Poles and Jews during World War II, New York 1986, S. 70.

<sup>88</sup> Zum Judenhilfsrat „Żegota“: PREKEROWA, Konspiracyjna Rada; MAREK ARCZYŃSKI / WIESŁAW BALCERAK, Kryptonim „Żegota“, Warszawa 1983; Auch MARCIN URYNOWICZ, Zorganizowana i indywidualna pomoc Polaków dla ludności żydowskiej eksterminowanej przez okupanta niemieckiego w okresie drugiej wojny światowej, in: Polacy i Żydzi hg. v. ŻBIKOWSKI, S. 209-364.

<sup>89</sup> Es ging um die Verlautbarung des KWC vom 16.9.1942; URYNOWICZ, Zorganizowana i indywidualna pomoc Polaków, S. 216.

<sup>90</sup> TOMASZ STRZEMBOSZ, Akcje zbrojne podziemnej Warszawy 1939–1944, Warszawa 1978, S. 87; TOMASZ SZAROTA, Stefan Rowecki „Grot“, Warszawa 1985, S. 205-209; ZYGMUNT MAŃKOWSKI, Między Wisłą a Bugiem 1939–1944. Studium o polityce okupanta i postawach społeczeństwa, Lublin 1978, S. 298; CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce. Bd. I, Warszawa 1970, S. 328 f.

spezifische Vorgehensweise des polnischen Widerstandes in Bezug auf den Holocaust blieben dabei bestehen.<sup>91</sup>

Diese Denkweise spiegelte sich in der Reaktion auf zwei Ereignisse deutlich wider. Bezeichnend ist einerseits die Antwort Sikorskis auf die Depesche Roweckis vom 24. April 1943, in der dieser über den Ausbruch des Aufstands im Warschauer Ghetto informierte. Der Exilministerpräsident gab daraufhin folgende Anweisung:

„Der Kampf, der sich bei der Liquidierung des Warschauer Ghettos – die aufs Schärfste zu verurteilen ist – entwickelt hat, darf sich auf keinen Fall auf das ganze Land ausweiten. Er darf nicht das Motto für einen spontanen Aufstand bilden. Innerhalb dieses Rahmens ist jegliche Hilfe für die Juden zulässig.“<sup>92</sup>

Hinsichtlich des in der Region Zamość aufgetretenen Widerstands belehrte Sikorski die Führung des Untergrundstaates in einer Instruktion vom Januar 1943:

„Die Regierung der Republik Polen vertritt den Standpunkt, dass eine Gegenaktion örtlich strikt begrenzt sein muss. Ein massenhafter Widerstand würde nach Ansicht der Regierung nur zu einem Massaker führen. Vorstellbar ist für uns lediglich eine Gegenaktion in Form von Anschlägen, Ablenkungsmanövern und Sabotageakten, die sich territorial auf die von der deutschen Aktion betroffenen Gebiete beschränken. Einen allgemeinen Aufstand in Polen halten wir für einen wichtigen Faktor bei zukünftigen entscheidenden Maßnahmen auf dem europäischen Kontinent. Ein solcher Aufstand darf nicht zu früh beginnen, da er sonst sein Ziel verfehlen würde – nämlich eine wirksame Hilfe und die Möglichkeit einer Rettung von vornherein zu verhindern. Widersteht etwaigem Drängen des Pöbels!“<sup>93</sup>

Andererseits hielt die Exilregierung im Blick auf die damalige Lage in der Region Zamość den „Widerstand der Bevölkerung gegen die Vernichtung der vitalen Kraft der Nation in dem Gebiet, in dem die Deutschen diese Kraft schwächen, für notwendig“.<sup>94</sup> General Rowecki erließ am 24. Dezember 1942 einen Sonderbefehl zur Verteidigung des Zamość-Gebiets und betonte dabei, dass dieser Befehl nicht gleichbedeutend mit der Realisie-

---

<sup>91</sup> Zit. nach: IRENEUSZ CABAN / ZYGMUNT MAŃKOWSKI, *Związek Walki Zbrojnej i Armia Krajowa w Okręgu Lubelskim 1939–1944. Teil 2: Dokumenty*, Lublin 1971, S. 60.

<sup>92</sup> Studium Polski Podziemnej. A.3.1.1.13.4, Bl. 68. Adnotacja Sikorskiego na radiogramie „Kaliną“ [Deckname Roweckis], 24.4.1943.

<sup>93</sup> Studium Polski Podziemnej. A.1.2.3, Bl. 18. Instrukcja rządu RP dla delegata rządu i dowódcy armii w Kraju, 9.1.1943.

<sup>94</sup> Protokół posiedzenia Rady Ministrów, 25.12.1942, in: *Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej*. Bd. 5: wrzesień 1942 – lipiec 1943, Kraków 1998, S. 126 f.



rung des Befehls vom 10. November 1942 sei.<sup>95</sup> Nichtsdestotrotz wurden noch Anfang 1943 in der polnischen Untergrundpresse wiederholt Stimmen laut, die darauf hinwiesen, dass im Falle einer systematischen, planmäßigen Liquidierungsaktion gegen die Polen nach „jüdischem Muster“ entsprechende „Befehle für die Aufnahme des Kampfes zur Verteidigung der Nation erteilt werden“<sup>96</sup> würden.

Bei der Analyse der einschlägigen Quelldokumente fällt auf, dass die Zahl der vom Regierungsdelegierten nach London übersandten Meldungen und Depeschen zur Judenproblematik ab Oktober 1942 erheblich zunahm. Der gesteigerte Nachrichtenverkehr erstreckte sich auch auf die vom jüdischen Untergrund in Umlauf gebrachten Materialien. In dieser Zeit kam es zu einer spürbaren Intensivierung der Kontakte zwischen dem bewaffneten jüdischen Widerstand und der polnischen Untergrundbewegung. Die deutlich höhere Anzahl übermittelter Berichte in der ersten Jahreshälfte 1943 erklärt der polnische Historiker Dariusz Stola wie folgt: „Ganz offensichtlich wuchs das Bewusstsein, dass die präsentierten Ereignisse von historischem Gewicht waren.“<sup>97</sup>

### Die weitere Entwicklung

Die folgenden Jahre offenbarten die komplizierten Beziehungen zwischen Jüdischer Kampforganisation, Heimatarmee und Regierungsdelegatur. Sie zeigten das schwierige Verhältnis des polnischen Untergrundstaates zu den jüdischen Partisanen und der Widerstandsbewegung in den Konzentrationslagern sowie den sich versteckenden Juden und „Schmalzowniks“.<sup>98</sup> Die jüdischen Partisanenverbände wurden vom polnischen Widerstand insgesamt als „fremd“, „kommunistisch orientiert“ und häufig auch als „räuberisch“ wahrgenommen. Diese Betrachtungsweise hatte sich in einem komplizierten Entwicklungsprozess herausgebildet. Sie resultierte aus einer

---

<sup>95</sup> Rozkaz nr 77 komendanta Armii Krajowej S. Roweckiego ps. „Grot“ o formach i taktyce walk w obronie Zamojszczyzny, 24.12.1942, in: Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej, hg. v. CZESŁAW MADAJCZYK, Bd. 1, Warszawa 1977, S. 236.

<sup>96</sup> Biuletyn Informacyjny, Nr. 6, 11.2.1943.

<sup>97</sup> STOLA, Nadzieja i Zagłada, S. 175 f.

<sup>98</sup> Als „Schmalzownik“ [poln. *szmalcownik*] bezeichnete man während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg einen Polen, der in Aussicht auf Belohnung versteckte Juden ausfindig machte, sie und ihre polnischen Beschützer erpresste und/oder an die NS-Behörden verriet. Der pejorative Begriff entstammt dem Warschauer Dialekt des Polnisch-Jiddischen (*szmalc*/Schmalz = Geld im Sinne von „fette Beute“, mit der unterschwelligen Bedeutung „schmierig“).

bestimmten Denkweise und Strategie sowie aus antijüdischen Vorurteilen und teilweise tatsächlich aus dem „banditenhaften Auftreten“ jüdischer Partisaneneinheiten. Die im Untergrundstaat vorherrschende Denkweise lässt sich wie folgt beschreiben: Die Juden hatten natürlich das Recht sich zu verstecken, aber sie durften dabei keine „räuberischen“ Methoden anwenden, um sich materielle Mittel für das eigene Überleben mit Gewalt zu beschaffen. Gleichzeitig tat der AK-Hauptkommandant nichts, um die Ursachen dieses Phänomens zu bekämpfen. In den Quellendokumenten über das jüdische „Banditentum“ wird die Möglichkeit von Hilfsappellen an die Bevölkerung mit Blick auf die Juden überhaupt nicht erörtert – gleichzeitig jedoch dem „Banditentum“ der Kampf angesagt. Ähnlich verhielt sich die Lage in Bezug auf die von der Heimatarmee vollzogene Gleichsetzung von jüdischen Partisanen und Kommunisten. In Wirklichkeit schlossen sich jüdische Partisanen den kommunistischen Verbänden nicht aus ideologischen Motiven an, sondern um das eigene Leben zu retten. Sie sahen keinen anderen Ausweg, wenn ihnen die Aufnahme in AK-Einheiten verwehrt wurde. Diese Juden wurden von den Kommunisten oftmals für eigene Ziele instrumentalisiert, missbraucht, diskriminiert und teilweise auch ermordet.<sup>99</sup>

Die Beziehungen zwischen Untergrundstaat und Jüdischer Kampforganisation kennzeichnete großes gegenseitiges Misstrauen. Schuld daran hatten beide Seiten. Dieser Vertrauensmangel war aus Sicht von AK und Regierungsdelegatur durch die zunehmend ans Tageslicht tretenden Kontakte der ŻOB mit Vertretern des kommunistischen Widerstandes zweifellos gerechtfertigt. Das in hohem Maße nachvollziehbare Hauptmotiv der ŻOB für diese Kontakte bildete die Tatsache, dass Volksgarde (*Gwardia Ludowa*, GL) und Volksarmee (*Armia Ludowa*, AL) im Gegensatz zur Heimatarmee weitaus eher an einer tatsächlichen Zusammenarbeit mit der jüdischen Untergrundbewegung interessiert waren. Dies führte dazu, dass das von internationalen jüdischen Organisationen mit Hilfe der Exilregierung nach Polen transferierte Geld in der Endphase des Krieges die einzige Sache darstellte, die ŻOB und ŻKN mit AK und Regierungsdelegatur überhaupt noch verband.<sup>100</sup>

Auch die angekündigte Bestrafung der „Schmalzowniks“ gestaltete sich in der Praxis als überaus schwierig. Der Untergrundstaat drohte Personen, die jüdische Bürger aus materiellen Gründen erpressten, zwar grundsätzlich mit einer gerichtlichen Verurteilung. Dennoch wurde der erste einschlägige

---

<sup>99</sup> Näher dazu: ADAM PUŁAWSKI, Postrzeganie żydowskich oddziałów partyzanckich przez Armię Krajową i Delegaturę Rządu RP na Kraj, in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2003, Nr. 2, S. 271-300.

<sup>100</sup> LIBIONKA, ZWZ-AK; STOLA, Nadzieja i Zagłada.

Richterspruch erst relativ spät – im Juli 1943 – gefällt. Nach Ansicht von Dariusz Libionka „kann man daher wohl kaum von Entschlossenheit im Kampf gegen die Plage der Erpressung sprechen [...], obwohl diese Form der den Juden erwiesenen Unterstützung weitaus realer war als z. B. Waffenhilfe für das kämpfende Warschauer Ghetto“. Natürlich gab es auch Schwierigkeiten technischer Art oder zeitliche Verzögerungen aufgrund des angewandten *Procedere*. Libionka hält zwar die Zahl der Gerichtsurteile aufgrund der Erpressung von Juden in Hinblick auf die Gesamtzahl der dabei eingeleiteten Untersuchungsverfahren für „mehr als erheblich“, kommt aber insgesamt zu einem ernüchternden Schluss: „Unabhängig von derartigen Begleitumständen und Schwierigkeiten war die Reaktion des polnischen Untergrundstaates auf das sich ausbreitende Unwesen der ‚Schmalzowniks‘ und die damit verbundenen Folgen nicht angemessen.“<sup>101</sup>

Einen positiven Bezugspunkt in den schwierigen Beziehungen zwischen polnischem und jüdischem Untergrund in der Endphase des Krieges bildete gleichwohl der gemeinsame Kampf im Warschauer Aufstand, der in der jüngst erschienenen Studie von Barbara Engelking und Dariusz Libionka eingehend beschrieben wird.<sup>102</sup> Dennoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dieses vereinte Ringen nur eine positive „Episode“ der sich weiterhin verschlechternden polnisch-jüdischen Beziehungen darstellte.

---

<sup>101</sup> Zit. LIBIONKA, ZWZ-AK.

<sup>102</sup> BARBARA ENGELKING / DARIUSZ LIBIONKA, *Żydzi w powstańczej Warszawie*, Warszawa 2009.